

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Abonnementpreis für Thoren bei Abholung in der Expedition, Brückenstraße 34, in den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner

Insertionsgebühr

die 5gep. Zeile über deren Raum 10 Pf., Reklame hell Zeile 20 Pf. Inserat-Aannahme: in der Expedition, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachmittags. Auswärts: Samml. Annoncen-Expeditionen, in G o l l u b : S. T u c h l e r.

Ostdeutsche Zeitung.

Redaktion: Brückenstraße 34, I. Etage. Sprechzeit: 10-11 Uhr Vormittags und 3-4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Aannahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Expedition: Brückenstraße 34, parterre. Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Abonnements auf die „Thorner Ostdeutsche Zeitung“ nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger, die Depots und die Expedition, Brückenstraße Nr. 34 parterre, entgegen.

Deutsches Reich.

Der bisherige Militär-Gouverneur der Söhne des Kaisers Oberst Frhr. von Lynder ist unter Einbindung von dieser Stellung zum Kommandeur des Königin-Elisabeth-Garderegiments Nr. 3 in Charlottenburg ernannt worden.

Es ist erfreulich, daß eine richtige Beurteilung der Bedeutung, die den bevorstehenden Landtagswahlen zukommt, sich auch bei Männern findet, die weit entfernt sind, sich der freisinnigen Partei zuzurechnen. Professor Hans Delbrück hat im Reichstage der freikonservativen Partei angehört, ohne freilich auf ein Fraktionsprogramm zu schwören. Jetzt schreibt er in den „Preuß. Jahrb.“: „Eine Weltanschauung, die glaubt die Krankheit der Zeit durch mehr Kirchenthum, durch Unterdrückung der Freiheit der Wissenschaft, durch allgemeine Polizeiaufsicht heilen zu können, droht in Preußen zur vollen Herrschaft zu gelangen. Der aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Reichstag ist noch unsere letzte Zuflucht. Wenn in den bevorstehenden Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus die Konservativen, von denen sich die Freikonservativen, seitdem sie unter die Führung des Herrn v. Stumm gerathen sind, kaum noch unterscheiden, die absolute Majorität erlangen, so ist die höchste Gefahr, daß man versuchen wird, was man im Reich nicht erlangen kann, in Preußen durchzusetzen. Darum haben alle, denen an der Erhaltung eines gemäßigten und verständigen Regiments in Preußen gelegen ist, bei diesen Wahlen das Interesse, die liberale Seite zu stärken. Die National-liberalen haben ja die böse Episode vom Jahre 1894, den Frankfurter Parteitag und das Umsturzfever überwunden und sich in der letzten Session ganz wacker gehalten. An sie muß man sich jetzt in erster Linie halten. Aber man kann auch ohne jedes Bedenken weiter nach links gehen und nicht nur für Männer der freisinnigen Vereinigung, sondern auch für Männer der freisinnigen Volkspartei eintreten, weil ohne diese Rückenstärkung die Nationalliberalen an Zahl zu schwach sein würden. Was so lange eine bloße Phrase war, hat jetzt wirklich eine praktische Wahrheit, das Wort von der großen liberalen Partei. Selbst die Sozialdemokraten haben ein Interesse daran, die Liberalen im Landtag zu stärken und ihre Unterstützung muß mit Dank angenommen werden. Es wird ja nicht viele Leute geben, die es verstehen, wenn man sagt: zum Reichstag müßt ihr rechts wählen, zum Landtag links. Aber die Wenigen, die es begreifen, daß dieses Wort einen guten Sinn hat, können doch auf den Ausgang der Wahlen einen recht wesentlichen Einfluß ausüben. Der Konservatismus ist heute in den oberen, besitzenden Klassen des Volkes so stark, daß seine Uebertreibungen nach rechts uns mit größerer Gefahr bedrohen als der Ansturm der Sozialdemokraten von links. Nicht vor der Revolution haben wir uns heute in Deutschland zu fürchten, sondern vor der Reaktion. Das muß offen ausgesprochen werden, und danach muß man handeln. Wir bitten alle unsere Freunde und Gefinnungsgenossen, in diesem Sinne bei den Landtagswahlen thätig zu sein.“

„Es ist nicht gut, wenn eine Partei für sich allein die Mehrheit hat.“ So lautet der „Wess. Merkur“ eine Betrachtung über die konservative Mehrheit ein, in der es u. a. heißt: „Die konservative Partei ist auch dann mächtig, wenn sie klein ist im Parlament. Im Heere, in der Verwaltung, in der höheren Gesellschaft, im Herrenhause, am Hofe —

dort sind die starken unausrottbaren Wurzeln der Kraft dieser Partei. Wenn nun dazu noch die eigene Mehrheit im Abgeordnetenhaus hinzukommt — dann ist es wahrlich zu viel des Guten. Dann hört das Gleichgewicht der Kräfte in Preußen vollständig auf; wir verfallen dann der Diktatur einer einzigen Partei.“ Das Münstersche Centrumblatt kennt auch das Wesen der konservativen Partei. Es urtheilt: „Was für eine Partei! Man mag ihr alle möglichen Schwächen nachsagen, aber blöde ist sie niemals erfunden worden. Sie nimmt nicht mehr, als sie kriegen kann, aber auch nicht weniger. Auf keiner anderen Seite ist die Interessenpolitik so schön und so ungeschmeichelt ausgebildet. Und dabei so einseitig. Denn maßgebend für die sogenannte konservative Politik bleibt immer und überall das ostelbische Junkerthum.“

Zur „Reinigung“ der Kriegervereine ist ein Schreiben des Vorstandes des Oldenburger Kriegerbundes charakteristisch, worin Maßnahmen gegen Kriegervereine angekündigt werden, deren Mitglieder zwar nicht sozialdemokratisch gewählt, aber sich der Wahl enthalten haben. Es heißt in dem im „Bundesblatt der oldenburgischen Kriegervereine“ veröffentlichten Schreiben:

„Beispielsweise sind im Wahlbezirk A von 617 Wählern 29 Stimmen für die Kandidaten der staatserkhaltenden Parteien, sieben Stimmen für den Sozialdemokraten abgegeben worden, während 581 Wähler nicht gestimmt haben. Die Kriegervereinsmitglieder zählen in dem Bezirk 167 Mann. Es erhellt hieraus, daß mindestens 138 Kriegervereinsmitglieder, gleich 83 pCt. derselben, nicht für die Kandidaten der staatserkhaltenden Parteien gestimmt, mithin, wie wir annehmen, sich der Wahl enthalten haben. Ähnliche Zahlen ergeben sich in noch 13 anderen Fällen, in denen mindestens 79 pCt., 78 pCt., 66 pCt. u. s. w. der Kriegervereinsmitglieder nicht für die Kandidaten der staatserkhaltenden Parteien ihre Stimme abgegeben bzw. sich nicht an der Wahl betheiligt haben.“ . . . Niemand wird es uns verargen können, wenn wir das Vorhandensein von lauen und gleichgültigen Mitgliedern in unseren Vereinen nur als einen Nachtheil für das Ganze bezeichnen. Wir wünschen, daß unsere Vereinsvorstände ihren Mitgliedern, insoweit ihnen der Vorwurf der Wahlenthaltung zu machen ist, eine Vorhaltung in obigem Sinne machen möchten. Auch werden wir nicht ermangeln, denjenigen Vereinen, deren Mitglieder eine laue Bethätigung an den Wahlen gezeigt haben, noch nähere Mittheilungen hierüber zugehen zu lassen.“ — Von dieser in Aussicht genommenen Maßregelung der lauen Vereine bis zur Ausgabe der Vereinsparole bei der Wahl: „Gewählt wird der konservative Kandidat A. B.“ ist doch nur noch ein Schritt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ eifert jetzt gegen dasjenige Beamtenhum, das sich zu Konsumvereinen zusammenschließt. So wird ausgeführt: „Wir finden in der „Kolonialwaarenzeitung“ eine nähere Darlegung über die Verhältnisse der Posenen Beamtenvereine, aus der ersichtlich ist, daß in Posen wohl der größte Theil der Beamtenerschaft in dieser Vereinigung zusammen geschlossen ist, die den außerordentlich hohen Umsatz von 555 233 M. im Jahre erzielt. Der Umsatz an Waaren betrug 377 684 M., der an Brod 163 798 M. Der Verein bezahlte eine Dividende von 6 v. H. und vertheilte an die Mitglieder des Ausschusses der Waarenabtheilung noch 800 M. Von Interesse ist es nun, festzustellen, welche Personen in dem Vorstande dieser Beamtenvereinigung sitzen. Der erste Vorsitzende ist ein Oberregierungsath, sein Stellvertreter ein Oberlandesgerichtsrath, der Schatzmeister ein Eisenbahnsekretär, der Schriftführer ein Rechnungsath. In dem Vorstande befinden sich noch ein Regierungsrath, ein Regierungs- und Baurath, ein Amtsgerichtsrath, ein Polizeirath, Gerichtssekretäre, Provinzialfeuersekretäre, Kanzleiräthe, Rechnungsräthe, ein Professor, ein Staats-

anwalt und dergleichen Herren mehr. Bei 1940 Mitgliedern machte der Verein 29753 M. Gewinn. Wir wissen sehr wohl, daß keine gesetzlichen Vorschriften die Beamten an einem solchen Vorgehen hindern, aber das ändert nichts an der Thatfache, daß das Konsumvereinswesen gerade für die Beamten am wenigsten angebracht erscheint. Wir sind der Meinung, daß die Regierung die Pflicht hat, hier einzugreifen und unzweideutig zu erklären, wie sie das Vorgehen ihrer Beamten in der gedachten Richtung entschieden mißbilligt. Eine solche Erklärung im preussischen Abgeordnetenhaus und im deutschen Reichstag abgegeben, würde ihre Wirkung nicht verfehlen, und es wäre sehr wünschenswerth, wenn bei der nächsten Tagung der Parlamente diese Frage einer gründlichen Erörterung unterzogen werden würde.“ — Als die Liberalen in Wort und Schrift lebhaft Einspruch dagegen erhoben, daß das Waarenhaus für Offiziere unter amtlicher Begünstigung gegründet und ihm auch von amtlicher Stelle Rundschaft zugewiesen werde, wo war denn damals die konservative Partei? Und wie viele Jahre sind nicht vergangen, bis die Konservativen plötzlich, nachdem sie ihr mittelständliches Herz entdeckt hatten, in die Warnungen vor jeder amtlichen Förderung des Waarenhauses deutscher Beamten, in dessen Verwaltung konservative Exzellenzen sitzen, mit einem nassen, einem heiteren Aug einstimmten, um dann schnell die Aufmerksamkeit von diesen Riesengeschäften abzulenken auf die sogenannten „Schleuderbojare“?

In einer Polemik mit der „Frankf. Ztg.“ schreibt heute die „Kreuzztg.“: „Von den hohen Fleischpreisen, mit denen heute so viel getrebt wird, haben die Großgrundbesitzer nur sehr wenig; den Hauptgewinn stecken wie immer die Händlerringe in die Tasche, wo die Juden bekanntlich eine sehr bedeutende Rolle spielen.“ — Ist das richtig, so begreift man nur nicht, daß die Viehhändler sich alle Mühe geben, die Grenzen wieder dem ausländischen Vieh zu öffnen und dadurch die „hohen Fleischpreise“ wieder herabzudrücken.

Der „Independance Belge“ zufolge beabsichtigt Belgien alle weiteren diplomatischen Verhandlungen in der Zuckerprämienfrage einzustellen, weil Frankreich und Rußland keine nennenswerthen Zugeständnisse machen wollen.

Zum fliegenden Gerichtsstand der Presse. Wegen Beleidigung des Propstes Rankwitz aus Uß sollte sich der Redakteur der „National-Zeitung“ in Berlin, Köhner, am Mittwoch vor dem Schöffengericht in — Schneidemühl verantworten. Der Vertreter des Beklagten erhob den Einwand der Unzuständigkeit, da der Beklagte seinen Wohnsitz und allgemeinen Gerichtsstand in Berlin habe; dort erscheine auch die „Nat.-Ztg.“, durch welche der inkriminirte Artikel veröffentlicht worden sei, mithin könne die Klage nur in Berlin anhängig gemacht werden. Der Gerichtshof erkannte auch auf Einstellung des Verfahrens, da er sich nicht für zuständig hielt, weil die angebliche Beleidigung in Berlin — am Erscheinungsorte der „Nat.-Ztg.“ — erfolgt und von dort zur Verbreitung gelangt sei; dort müsse also die Klage angestrengt werden. Die Verbreitung einer Zeitung bleibe ohne Einfluß auf deren Gerichtsstand.

In Betreff der internationalen Anarchistenkonferenz meldet die „Zitelle“, alle europäischen Kabinette mit Ausnahme des französischen, dessen Antwort noch nicht eingegangen sei, hätten sich mit dem Vorschlage der italienischen Regierung einverstanden erklärt, eine internationale Konferenz wegen der Anarchistenfrage abzuhalten. Man warte die Antwort Frankreichs ab, um dann das Programm für die Konferenz aufzustellen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hatte am Mittwoch der verfassungstreue Großgrund-

besitz einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die mit der ungarischen Regierung getroffenen Vereinbarungen über den Ausgleich dem Abgeordnetenhaus bekannt zu geben. Zugleich wurde der Antrag gestellt, die Ausgleichsvorlagen mögen sofort und vor allen übrigen Dringlichkeitsanträgen in Berathung gezogen werden und das Haus möge sofort in die erste Lesung des Ausgleichs eintreten. Dieser Dringlichkeitsantrag beschäftigte bereits am Donnerstag das Plenum des Abgeordnetenhauses.

Auf Requisition der Triester Polizei wurde in Macaraska an Bord eines aus Triest kommenden Dampfers ein gefährlicher Anarchist Karl Antonelli aus Brescia verhaftet. Eine dreikantige Feile, wie Lucchenis Morbinstrument, und sehr wichtige Papiere wurden bei ihm gefunden.

Italien.

Der Stadtrath von Livorno ist nach der „Frankf. Ztg.“ aufgelöst worden. Eine Untersuchung seitens des Präsidiums habe bedeutende Fehlbeträge in der Stadtkasse ergeben, der Sindaco derselben sei verschwunden, der Stadtkassirer verhaftet, weitere Verhaftungen ständen bevor. Wie italienische Blätter melden, fehlen in der Kasse 44 200 Francs, welche der Kassirer an den inzwischen verschwundenen Bürgermeister Costella gegen dessen Empfangsbekundigung ausbezahlt hatte. Der verschwundene Bürgermeister war früher Abgeordneter.

Frankreich.

Der „Matin“ veröffentlicht ein Interview mit einem Rath des Kassationshofes, welcher die Ansicht äußerte, daß die Kriminalkammer des Kassationshofes sich nicht für die Revision werde aussprechen können, da sie in den Dreyfusakten nicht die erforderlichen Elemente finden dürfte. Viel einfacher wäre es gewesen, wenn die Annulirung des Urtheils verlangt worden wäre. Es würde dann die Feststellung genügen, daß dem Kriegsgericht geheime Aktenstücke übermittelt worden seien. Aber man wollte offenbar das vermeiden und diejenigen schonen, welche diese Ungefehrlichkeit begingen.

Die „Agence Nationale“ berichtet, daß der Papst einen Brief durch den Kardinal Rampolla an den französischen Nuntius zu Paris gesandt hat, worin Leo XIII. seiner Betrübnis Ausdruck darüber giebt, daß ein Theil der französisch-katholischen Presse leidenschaftlich gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses aufträte. Der Papst bittet diese Blätter, von heute ab eine vollständig neutrale und unparteiische Haltung an den Tag zu legen und das Resultat der Ereignisse abzuwarten.

Die spanischen und amerikanischen Friedensdelegirten wurden am Mittwoch in Paris bei dem diplomatischen Empfang im Ministerium des Auswärtigen durch den spanischen Botschafter Castillo und den amerikanischen Botschafter Porter dem Minister Delcassé vorgestellt. Delcassé gab zu Ehren der beiden Botschafter und der Kommissare am Donnerstag ein Frühstück. Die erste Sitzung der Kommission ist auf Sonnabend festgesetzt.

Dänemark.

Das Sterbelager der Königin Luise umstanden der König, die Kaiserin-Wittve von Rußland, der König und die Königin von Griechenland, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark, die Prinzessin von Wales, der Herzog und die Herzogin von Cumberland, Prinz und Prinzessin Waldemar von Dänemark, Prinz und Prinzessin Karl von Dänemark, der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland sowie mehrere jüngere Prinzen und Prinzessinnen. Die Königin war von Mitternacht bis zu ihrem Tode bewußtlos und starb ohne Todeskampf. Die königliche Familie hat nachts abwechselnd am Krankenlager gewacht. Ueberall in der Hauptstadt wehen die Fahnen halbmast.

Von den letzten Tagen der Königin wird der „Post“ noch berichtet: „Das Befinden der Königin wird mit jedem Tage schlechter. Die Königin kann kaum noch aufrecht in einem





